

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 2. März 1932

Nummer 18

Wirtschaftspolitische Stümperei

Der von den Unternehmern im Bunde mit der Reichsregierung durchgeführte Lohn- und Gehaltsabbau hat — wie vorausgesehen war — nicht die erwartete Anfurberung der Wirtschaft gebracht. Bis zur Stunde sind nicht die geringsten Anzeichen einer beginnenden Besserung der Wirtschaftslage bemerkbar geworden, und zwar weder innen- noch außenpolitisch. Zeigt doch auch der Export der letzten Monate einen recht erheblichen Rückgang. Das Gegenteil war in Aussicht gestellt worden. Der Lohn- und Gehaltsabbau sollte die deutsche Exportindustrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger machen. Seit dem Beginn der Notverordnungsperiode, die den Lohn- und Gehaltsabbau einleitete, hat sich jedoch die wirtschaftliche Lage in Deutschland unansprechend weiter verschlechtert. Einen einwandfreien Beweis hierfür haben wir in der Arbeitslosenstatistik. Im Januar 1931 betrug die Zahl der Arbeitslosen rund 5 Millionen. Sie sank in der Folge in keinem Monat unter 4,2 Millionen herab, um am Ende des Jahres auf über 6 Millionen zu steigen. Das ist die höchste Arbeitslosenziffer, die wir bisher hatten. Ein ganz ungeheurer Zustand, der das völlige Verfall der von der Reichsregierung und den Unternehmern erfolgten Wirtschaftspolitik bedeutet und dieses als elende Stümperei erscheinen läßt!

Seit Jahren ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland in ständig starker Zunahme begriffen. Im Januar 1928 wurden 1,4 Millionen Arbeitslose gezählt. Diese Zahl stieg im gleichen Monat 1929 auf 1,9 Millionen, 1930 auf 3,2 Millionen, 1931 auf 4,9 Millionen, 1932 auf 6,2 Millionen. Gegenüber 1928 hat sich also das Arbeitslosenspektrum um das Vierfache vergrößert, seit 1930 um das Doppelte vermehrt, ohne daß wesentliche Maßnahmen unternommen wurden, die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen zu bekämpfen. Nicht, daß man das Arbeitslosenproblem völlig unbeachtet gelassen hätte. Was man jedoch unternahm, war aber von vornherein unzulänglich und mußte ohne Erfolg bleiben. Man begnügte sich damit, gewisse Ansätze zur Arbeitsbeschaffung zu machen, daneben wurden einige Tausend Arbeitslose mit Volkswirtschaftsarbeiten beschäftigt. Einen fühlbaren Einfluß auf den Arbeitsmarkt übten diese Maßnahmen nicht aus. Nüchtriger war man nach der negativen Seite dadurch, daß man die Unterfühlungsleistungen der Arbeitslosenverschönerung, der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge herabsetzte, wie auch die Voraussetzungen für den Bezug dieser Unterfühlungsleistungen verschlechterte. Eine Herabminderung der Arbeitslosigkeit konnte selbstverständlich auf diese Weise nicht erreicht werden. Der Erfolg war lediglich eine finanzielle Entlastung des Reiches auf Kosten der Gemeinden sowie eine Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen. Ein erheblicher Teil von ihnen ging seines Anspruchs auf Unterstützung verlustig und blieb seinem Schicksal überlassen. Was aus ihnen wird, danach fragt man nicht. Verkommen sie, so stehen ja schließlich der herrschenden Gesellschaft Polizei, Gerichte, Gefängnisse und Zuchthäuser zur Verfügung!

Diese wirtschaftspolitische Indolenz erschien unbegreiflich, wenn sie nicht für die kapitalistische Wirtschaftsordnung allen Fragen gegenüber typisch wäre, die soziale Probleme und die Arbeiterfrage berühren. Entweder ignoriert man sie, oder gibt sich nur notgedrungen, einem unabwiesbaren Zwange folgend, mit ihnen ab. Die Entwicklung des geschickten Arbeitslohns, des Arbeitsrechts, der sozialen Versicherung und der sozialen Wohlfahrtsfürsorge weist hierüber zahlreiche, wenig erbauliche, aber sehr lehrreiche Beispiele auf. Wo es sich dagegen um die Interessen der besitzenden Klassen, der Unternehmer und Großagrarien handelt, ist man stets sehr schnell mit wirtschaftspolitischen Aktionen bei der Hand, selbst wenn nur eingebildete, vorgeschülte oder selbstverschuldete Notstände in Betracht kommen. Es genügt hierfür, auf die bürgerliche Schutzpolizei, Subventions- und Liebesgabenpolitik zu verweisen, durch die dem arbeitenden Volk Milliardenlasten auferlegt werden. In solchen Fällen hört und sieht man nichts davon, daß die hierzu erforderlichen Mittel fehlen. Sie werden unter allen Umständen beschafft.

Es besteht kein Zweifel darüber: würde die Arbeitslosigkeit den kapitalistischen Unternehmern oder den Großagrarien besondere Unannehmlichkeiten und Nachteile zufügen, so wären längst umfassende Maßnahmen eingeleitet, sie einzudämmen und zu beseitigen. Dessen bedarf es jedoch nicht, da anscheinend nur die Arbeiter von der Arbeitslosigkeit berührt und benachteiligt werden. Das ist zwar

faßlich! Diesen Irrtum einzusehen reicht aber auf kapitalistischer Seite das wirtschaftspolitische Verständnis nicht aus. Sind doch für die Unternehmer auch Vorteile insofern damit verbunden, als die Arbeitslosigkeit die Herabsetzung der Löhne sowie die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gestaltet. Das genügt, die Arbeitslosigkeit als ein unvermeidbares Übel anzusehen und sich darauf zu beschränken, die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu ihrer Bekämpfung sowie Unterstützung der Arbeitslosen in möglichst engen Grenzen zu halten. Ist man doch aus dem Verlauf früherer Krisen gewöhnt, daß mit der Wiederkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse die Arbeitslosigkeit von selbst herabgeht und verschwindet. Dieser Fatalismus erstreckt sich übrigens nicht nur auf die Unternehmer, sondern ist in den weitesten Kreisen verbreitet, weshalb aus ihm die stärksten Hemmungen für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entstehen. Er entspringt dem menschlichen Glauben, daß man die Wirtschaft in ihrer Entwicklung nicht stören dürfe und sich alles von selbst regeln werde.

Wie wenig berechtigt diese Auffassung und der damit verbundene Fatalismus ist, geht aus der langen Dauer der Krise mit ihrem ständigen Steigen der Arbeitslosenziffern hervor. Die wirtschaftspolitische Ungeheuerlichkeit, daß ein Drittel der industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden ist und durch die Arbeit der noch in Beschäftigung stehenden, zum erheblichen Teile bei verkürzter Arbeitszeit tätigen Arbeiter ohne wirtschaftliche Gegenleistung unterhalten werden muß, hat anscheinend ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Wohl wird vielleicht in den nächsten Wochen unter dem Einfluß der wärmeren Jahreszeit und der Aufnahme der landwirtschaftlichen Tätigkeit die Arbeitslosigkeit etwas zurückgehen. Sofern sich aber die wirtschaftliche Lage nicht verändert, kann dieser Rückgang nur ein geringer und nur sehr vorübergehender sein, dem in kurzer Zeit eine neue Zunahme der Arbeitslosen folgen muß. Wohin werden wir dann kommen? Was wird die Folge sein?

Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, anzunehmen, daß sich dieser so verhängnisvolle Zustand ohne besondere Gefahren für Staat und Wirtschaft fortsetzt. Mit einem derart harmlosen Verlauf der Dinge ist nicht zu rechnen! Die steigende Radikalisierung breiter Volksschichten zeigt, was droht! Tritt keine Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer Wiederbelebung der Wirtschaft ein, so ereignet eine Explosion der herrschenden Unzufriedenheit als unausbleiblich. Deshalb ist es ein dringendes Gebot wirtschaftspolitischer Einsicht, endlich das Arbeitslosenproblem in Angriff zu nehmen und es einer Lösung entgegenzuführen. Die bisherige wirtschaftspolitische Indolenz muß abgebrochen und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit umfassend und energisch aufgenommen werden.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zu beseitigen, werden die Kräfte des deutschen Volkes selbstverständlich nicht aus. Dennoch wäre es verfehlt, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, bis die außenpolitischen Bestrebungen der Reichsregierung eine dahingehende Verständigung der von der Krise betroffenen Nationen erreicht haben. Wir müssen aus eigener Initiative eine Besserung anstreben, soweit solche möglichst ist. Von den Gewerkschaften sind in dieser Richtung geeignete Vorschläge gemacht worden, die auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und auf Arbeitsbeschaffung hinauslaufen. Was von ihnen und der Sozialdemokratie gefordert wird, kann nicht als wirtschaftlichsfremd und undurchführbar bezeichnet werden. Wohl wird die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage kaum mehr ausreichen. Dennoch würde ihre Durchführung eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes bedeuten.

Unmittelbar nach dem Kriege, bei Durchführung der Demobilisierung, ist man sehr viel weiter gegangen. Damals hatte man den Ernst der Situation erfaßt und die Arbeitszeit bis auf 24 Wochenstunden herabgesetzt, um die aus dem Heer Entlassenen in Arbeit zu bringen. Selbst die Unternehmer lehnten dieser Arbeitszeitfestsetzung keinen Widerstand entgegen. Sie wußten sehr wohl warum! Heute haben die wirtschaftlichen Verhältnisse eine gleich kritische Lage für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft gefahrdrohende Gestalt angenommen, was außerordentliche Maßnahmen rechtfertigt. Das gleiche trifft für die Notwendigkeit einer umfassenden Arbeitsbeschaffung zu. Es fehlt nicht an wichtigen und notwendigen öffentlichen Aufgaben, zu deren Erfüllung die Mittel beschafft werden können, wenn

der dazu erforderliche Wille vorhanden ist! Die bisher angewendete wirtschaftspolitische Stümperei, die sich in zweck- und erfolglosen Experimenten an den Folgen der Arbeitslosigkeit erschöpft, muß aufhören! Millionen Arbeitslose schreien seit Jahren nach Arbeit und sind es müde, sich weiter als Ausgebeugene, als rechtlose Parasiten behandeln und mit unzulänglichen Unterfühlungen abfinden zu lassen, durch die sie zum großen Teil als Almosenempfänger gestempelt werden. Sie fordern ihr Recht auf Arbeit, das ihnen nicht länger vorenthalten werden darf!

Unfähigkeit und Schuld

Wie den Lesern des „Korr.“ schon aus früheren Informationen bekannt geworden ist, gibt es an der Universität Gießen einen Professor Dr. Horneffer, der von Zeit zu Zeit der Arbeiterfrage besonders naive Ratsschlüsse erteilen zu müssen glaubt. Wahrscheinlich mehr unwillkürlich als freiwillig. Denn es ist schlechterdings unfahbar, daß ein „Wissenschaftler“ solche „tiefgründigen Weisheiten“, wie sie jetzt einmal wieder in die Öffentlichkeit drangen, aus reinem wissenschaftlichen Wahrheitsdrang von sich gibt. Eins ist sicher: die kapitalistischen Unternehmer werden jedesmal sehr zufrieden mit dem Professor Horneffer sein, wenn er sich hören läßt. Ist es doch ihr ältester Trick, ihre Ausbeutungsabsichten hinter Gründen der wissenschaftlichen Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit zu verdecken. Und dann braucht der deutsche Spießbürger ja bekanntlich für alles eine „Autorität“. Und Titel bedeuten leider immer noch in erster Linie für ihn eine autoritative Sicherheit.

Neuerdings legte Professor Horneffer der Arbeiterfrage nahe, nicht zu sehr auf das Reale im Lohn zu sehen, sondern mehr auf das Ideale. Eine dreifache Zumutung. So sehr die Arbeiterfrage selbstverständlich den Wunsch und das Bedürfnis hat, neben den realen Seiten des beruflichen Lebens auch die idealen zu sehen und, wenn irgend möglich, zu verwirklichen, es muß zuerst die Lebenshaltung menschen- und kulturwürdig bestritten werden. Und davon ist die übergroße Mehrheit der Arbeiter noch weit entfernt. Wenn man zum Arbeiter von Idealen des Lebens sprechen will, dann kann und darf es nur in der Weise geschehen, daß er dadurch ausgerüstet und angefeuert wird, für seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verbesserung innerhalb der Gesellschaft zu kämpfen. Professor Horneffer aber beschäftigt das gerade Gegenteil. Er will einwirken, etwas vorzütuschen, was nicht da ist, um so eine ungedungene, lächerliche Zufriedenheit im Arbeiterlager zu erzeugen. Das könnte den Unternehmern so passen. Die Arbeiterfrage kann gar nicht wagt und rege genug, gar nicht mißtrauisch und kampfbereit genug sein in der heutigen Zeit, wo mit allen, aber auch wirklich allen Mitteln gegen die sehr berechtigten und notwendigen Bestrebungen der Gewerkschaften angeknüpft wird. Heute, wo in steigendem Maße maschinell, motorisch, automatisch gearbeitet wird, sollte man wirklich nicht die Stirn haben, von einem idealen Arbeitslohn im Gegensatz zum realen Lohn zu sprechen. Das Ideale fehlt leider Gottes dem Gegenwartsleben ganz allgemein in erschreckendem Maße. Die Wege zum Ideale müssen immer mehr außerhalb der Massenarbeit, in der die meisten Arbeiter stehen, gesucht werden: in Haus und Heim und Familie, in anregender Selbstbetätigung, in Bildungsbestrebungen, Kunstpflege, Sport und Körperpflege usw.

Aber so etwas auch nur zu äußern, muß einem Professor Horneffer wohl geradezu vermerken und anmaßend erscheinen. Denn so wie er über den Arbeiter denkt, ist es denn doch wohl selten; wenigstens hat wohl fast jeder, der vielleicht noch ähnlich so denkt, so viel Takt, es nicht brutal der Öffentlichkeit mitzuteilen. Oder liegt diese Klüfftslosigkeit, diese herausfordernde Selbstüberhebung auf der einen Seite und Herabsetzung des Arbeiters als Glied der bürgerlichen Gesellschaft auf der anderen daran, daß man schon die Diktaturgewalt der Faschisten vorausahnt oder doch vielleicht erhofft? Und welcher Widerspruch in den Hornefferschen Gedanken! Seine Reden er den Arbeitern vor, daß ihr Lohn ideale Bestandteile enthält, und morgen sagt er folgendes: „Ich behaupte, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter grundsätzlich im wesentlichen, im großen und ganzen, sich überhaupt nicht ändern läßt. Daß die Arbeiter mit dieser ihrer wirtschaftlichen Lage, das heißt, mit dem Lohnsatz, der nur eben ihr Leben fristet, mit dem sie nur die allernotwendigsten, dringlichsten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse decken können, ein für allemal abfinden

müssen, daß eine grundsätzliche Änderung ihrer wirtschaftlichen Stellung, eine Emporhebung auf einen wesentlich anderen, besseren Stand der wirtschaftlichen Bedingungen nie und nimmer geschehen kann, daß dieser Wunsch für alle Zeiten unerfüllbar ist."

"Dauerndes, ehernes Schicksal" soll es nach Professor Hornfeffer sein, daß die Arbeiter in Not und Elend erhalten bleiben. Dieses unerträgliche, unvernünftige, ungerechte "Schicksal" ist aber etwas ganz anderes als ein über allem menschlichen Wollen und Tun liegendes Geschick, das man dann als "ehernes Schicksal" bezeichnen könnte. Keim, mit Schicksal hat das nichts zu tun, was man der Arbeiterschaft antut. Es ist Schuld. Diejenigen, die sich in den alleinigen Besitz der Selbsthaltungsmittel der Gesellschaft gesetzt haben, erfüllen nicht ihre Pflichten und Aufgaben, die unbedingt mit dem privaten Eigentumsrecht an den Arbeitsmitteln und den Schätzen der Natur verbunden sind. Sie sind zum sehr großen Teil auch persönlich gar nicht fähig, es zu können. Es bestimmen nicht die Tüchtigsten und Ehrenhaftesten den Lauf des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens, sondern die Reichtsten. Darin ist zwar mit der Schaffung des neuen deutschen Volks- und Freiheitsstaates manches grundmäßig anders geworden. Aber in der Praxis des Volkslebens ist noch nicht allzu viel von dem Volks- und Freiheitsstaatsideen lebendig geworden. Immerhin fürchten die Bevorzugten und Bevorrechteten schon sehr stark um ihre Vorzugsstellung innerhalb der Gesellschaft. Diese Vorzugsstellung zu schützen, hat sich ein Hornfeffer zur Aufgabe gestellt. Und die sachdienliche Bewegung ebenfalls. Es ruht in dem Gefühl, deshalb dieser große Ubergewalt, der vor den tollsten Unsinnsgeiten nicht zurückbleibt.

Es ist doch geradezu grauenvoll, in einer Zeit, in der die allerbesten Nahrungs- und Genussmittel in der Welt in gewaltig großen Mengen aus unerfälliger Gewinn gier vermindert werden, zu den darben den Massen zu sagen, es ist höheres Schicksal, daß es euch so schlecht geht. Es ist Schuld, Schuld, Schuld! Diese Schuld erklärt sich nicht ausschließlich aus unerfälliger Habgier, sondern zum großen Teil auch aus schlimmster Unfähigkeit. Und die Unfähigkeit, Sinn- und Zweckvoll zu wirtschaften, erklärt sich wieder aus der Unfähigkeit, Sinn- und Zweckvoll zusammenzuarbeiten und zusammenzulegen. Aber schicksalhaft unabwendbar ist diese Unfähigkeit ebenso wenig wie die Böswilligkeit, die nur darauf Sinn, den Mitmenschen auszubeuten und zu überzoerteilen. Die Welt ist überreich mit Naturschätzen gesegnet. Schon jetzt. Es ist aber mit den staunenerregenden technischen und wissenschaftlichen Hilfsmitteln der Jetztzeit möglich, den Reichtum an Gütern noch ganz bedeutend zu vergrößern. Nur auf der kapitalistischen, privatwirtschaftlichen Wirtschaftsgrundlage werden die großen Unmöglichkeiten und Ungerechtigkeiten, die der Menschheit Not und Elend bringen, nicht aus der Welt geschafft werden können. Und auf der sachdienlichen schon gar nicht. Der Kapitalismus weiß ganz genau, warum er den Zehnteil des mit reihen, Geldegaben fördert. Die Arbeiterschaft muß sehr, was man; und auch einig sein, wenn sie die heute besonders großen kapitalistischen Gefahren bannen will. Was ein Professor Hornfeffer sagt, spiegelt das wider, was man im Kapitalistenlager denkt. Aber es istbarer Unfönn. Es hält auch vor der Geschichte nicht Stand. Der Weg geht aufwärts trotz allem.

Ein gefährliches Wäschmittel

Die in den Buchdruckereien zur Verwendung kommenden Wäschmittel haben schon sehr oft zu allerhand Unfällen Anlass gegeben in gesundheitlicher Hinsicht. Die mit den Wäschmitteln arbeitenden oder sonst irgendwie in Berührung kommenden Arbeiter sind mannigfachen Schädigungen ausgesetzt, die sich besonders in Hautausschlägen (Ekzemen) äußern.

Die Zahl der in Gebrauch befindlichen Wäschmittel ist nicht gering, meist tragen die Mittel Phantasienamen, und es weiß in der Regel außer der herstellenden Firma niemand, welche Stoffe in diesem Mittel Verwendung gefunden haben. Leider sind die Bemühungen der Gewerkschaften nach einer gesetzlichen Verpflichtung zur Deklaration aller derartigen Arbeitsstoffe noch nicht von dem erwarteten Erfolg getränkt worden. Durch eine derartige Deklaration - also eines Nachweises auf jeder Packung über die in dem Wäschmittel oder dergleichen befindlichen Stoffe - würden viele Erkrankungen nicht in Erscheinung treten, da man die Gesundheitsgefährlichkeit sofort erkennen würde. Im "Korr." ist des öfteren auf die Schädigungen der Arbeiter durch die Wäschmittel hingewiesen worden. Wir wollen heute die Aufmerksamkeit der Kollegen auf ein Wäschmittel lenken, das außerordentlich gesundheitsgefährlich zu betrachten ist: auf das Wäschmittel Sangajol.

Sangajol wird heute vielfach als Terpentinersatz verwendet. Es wird aus offiziellstem Erdöl destilliert und unter verschiedenen Namen, z. B. als Terapin, in den Handel gebracht. Sangajol besteht aus 80 Proz. gestättigten Kohlenwasserstoffen und 6 Proz. aromatischen Kohlenwasserstoffen; den Rest bilden Naphthene. Sangajol soll weniger Hautausschläge hervorbringen, deshalb wird es in vielen Betrieben zur Entfettung und Reinigung verwendet, besonders in Buchdruckereien zum Wäschen der Walzen. Sangajol wird auch zu Antikrostgeräten verwendet, und in einem Artikel "Die Verunreinigungen im Jahre 1930" (nach den Berichten der Berufsgenossenschaften zusammengestellt im "Reichsarbeitsblatt" Nr. 25/1931) wird festgestellt, daß die Arbeiter von chronischen Hautausschlägen an den Händen und Armen befallen wurden. Das Reichsgesundheitsamt stellte fest, daß das zur Verwendung gelangende Sangajol 13,3 Proz. aromatische Kohlenwasser-

stoffe enthält, die ganz oder zum großen Teil als Benzol-homologe anzusprechen sind. Die "Schweiz. Med. Wochenschrift" berichtete über eine schwere Vergiftung eines Schuldieners nach der Reinigung der Schußkammer. Die Untersuchung der Bodenwäse ergab das Vorhandensein von Sangajol. Der Verletzte wurde zur Verantwortung gezogen.

In einem Buchdruckereibetrieb, in der Sangajol als Wäschmittel Verwendung fand, erkrankte ein Drucker an Leukämie (Weißblütigkeit; eine Krankheit, bei der sich die weißen Blutkörperchen enorm vermehren und die in der Regel tödlich ausgeht). Dieser Drucker starb. Über den Fall berichtet Dr. A. Brandt, Referent für Gewerbehygiene beim Gewerbeaufsichtsamts Hamburg, in Heft 10/1931 des "Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallversicherung".

Die Untersuchung dieses Falles lenkte die Aufmerksamkeit auf das Reinigungsmittel Sangajol. Die ganze Vorgehensweise des Druckers wurde systematisch untersucht, einzelne Drucker mit besonders abnormen Blutbild bis zu viermal und darüber. Bei diesen Untersuchungen fiel auf, daß die Hilfsarbeiter über nervöse Beschwerden weniger oft klagten als die Drucker. Stärkere Beschwerden waren Appetitlosigkeit, Druckschmerz, Übelkeit, Magenkoliken; besondere Aufmerksamkeit riefen die nervösen Augenbeschwerden hervor. Alle Untersuchungen - Drucker wie Hilfsarbeiter - brachten Beschwerden nervöser Art vor, wofür bei der Untersuchung auch objektive Unterlagen festgestellt wurden. Annähernd die Hälfte der Fälle wies Zahnpflichtblutungen, schmerzhafte Beläge des Zahnfleischs, schlechtes Gedächtnis und Magenbeschwerden oft in sehr starkem Maße auf.

Die Blutuntersuchung ergab eine Hauptschädigung im myeloiden System (Rückenmark) der Untersuchten. Es ergab sich nämlich, daß die absoluten Zahlen der reifen Granulozyten entsprechend der Lymphocytenose (krankhafte Vermehrung der Lymphzellen im Blut) noch stärker unter das Normale gesunken waren. Diese Werte lagen besonders bei den Hilfsarbeitern und auch wiederum bei denen, die erst einige Jahre im Betrieb sind, tief unter der Norm. Die gemachten Blutbefunde erklärten und stützten objektiv die Klagen der Arbeiter in dieser Druckerei sowie die Untersuchungsbeurteilung.

Ein in dem Betrieb beschäftigter Drucker starb an Leukämie. Er war sechs Jahre im Betrieb, hatte öfter Magenbeschwerden, besonders in der letzten Zeit vor seinem Tode wiederholt kolikartige Schmerzanfälle. Zwischen den Anfällen fühlte er sich zwar schwach und müde, war aber sonst arbeitsfähig und ohne Schmerzen. Eines Tages bekam er Schüttelfrost, gab die Arbeit auf und wurde mit Fieber unter der Diagnose Grippe in das Krankenhaus eingeliefert. Im weiteren Verlauf der Krankheit hatte der Kranke beständige Kopfschmerzen und litt unter Appetitlosigkeit. Das Blutbild verschlechterte sich ständig, so daß kaum noch Granulozyten (Blutkörperchen), höchstens, noch abgenommenen in ganz geringer Form, gefunden wurden. Vier Wochen nach der Einklieferung in das Krankenhaus war der Drucker tot. Aus Grund des Sektionsbefundes wurde als Todesursache "myeloidische Leukämie" festgestellt.

Zusammenfassend sagt der Verfasser des Artikels, daß sich eine so weitgehende Schädigung des myeloiden Apparates ergeben hat, daß selbst im Knochenmark keine reiferen Granulozyten gefunden wurden. Das Blutbild und der übrige Befund geben das Bild einer Myelose. Die Annahme ist daher berechtigt, daß durch die dauernde Aufnahme von Sangajol das Leben des Druckers wenn nicht gar ausgelöst, so doch zum mindesten wesentlich verkürzt und verkommen worden ist.

Um nun festzustellen, ob die Aufnahme der giftigen Stoffe in diesem Betrieb möglich ist, wurden zwei Versuche gemacht, wobei man einmal 2,68 kg, das andre Mal 2,25 kg Sangajol in einem Raum von 390 cbm ausstrich. Beim ersten Versuch (Dauer 4 Stunden) wurde etwas Kopfschmerz, leichtes Augenbrennen, wenig Schwindel und leichtes Unbehagen empfunden. Beim zweiten Versuch traten erst nach 5 1/2 bis 6 Stunden diese Beschwerden auf; man hatte bei diesem Versuch die Fenster im Gegenzug geöffnet. Auf Grund dieser Beobachtungen im Versuchsaal wurden die Verhältnisse in der Druckerei untersucht. In diesem Betrieb wurden täglich etwa 2 1/2 Liter Sangajol zum Reinigen der Walzen der Rotationsmaschinen verwendet. Diese Reinigungsarbeiten besorgen die Hilfsarbeiter; die Einatmung der Ausdünstungen des Wäschmittels ist dabei besonders stark. Die Untersuchungen haben ergeben, daß bei Sangajol die Verdunstung 1 1/2 mal so groß ist als von Terpentinöl, 5mal geringer aber als von Benzol. Die Giftigkeit ist der von Benzol gleich. Aus all dem geht hervor, daß es bei der täglichen Verdunstung von 2 1/2 Liter Sangajol auch im großen Raum durch grössere Gifte mit kleinen Dosen zu erheblichen Schädigungen kommen kann. Daß diese kleinen täglichen Vergiftungen bei Menschen schließlich sogar tödlich wirken können, zeigt der Fall des Druckerkollegen.

Der Verfasser des Artikels verlangt daher, daß das Sangajol entweder durch andre Wäschmittel ersetzt oder daß es nur mit größter Vorsicht verwendet wird: Rein nachlässiges Verschütten, gründliche Lüftung mit mechanischer Frischluftzuführung nach der Reinigung der Walzen. Vor allem aber sind die Arbeiter und Unternehmer von den Gefahren zu unterrichten, die die Verwendung von Sangajol im Gefolge haben. Es ist nötig, bei irgendwelchen Erkrankungen nervöser Art sowie bei Erkrankungen des Zahnfleischs, der Zähne usw. sofort den Arzt in Anspruch zu nehmen und eine Blutuntersuchung ausführen zu lassen. Einmalige jährliche ärztliche Untersuchung mit Anfertigung des Blutbildes ist derartigen Betrieben zur Pflicht zu machen.

Die vorstehenden Darlegungen verdienen dringendste Beachtung. Die in den Druckereien arbeitenden Kollegen werden sicher Veranlassung nehmen, sich um die im Betrieb Verwendung findenden Wäschmittel mehr zu kümmern. Die Schädigungen durch die Wäschmittel haben einen viel größeren Umfang, als allgemein angenommen wird. Wenn schon die Buchdrucker-Berufsgenossenschaft in einem ihrer Geschäftsberichte über den schädlichen Wirkungen der Wäschmittel als von einer Epidemie sprechen muß, so zeigt das die großen Gefahren auf, denen unsere Kollegen ausgesetzt sind. Die Bestrebungen der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, ein einwandfreies Wäschmittel zu schaffen, werden begrüßt, und hoffentlich führen die Bemühungen zu dem erhofften Erfolg. Dann muß man aber von der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft verlangen, daß sie die Verwendung dieses einwandfreien Reinigungsmittels den Betrieben nicht etwa empfiehlt, sondern eine Verpflichtung zur Verwendung des Wäschmittels auspricht. Das liegt im Interesse der Kollegen, und sie haben Anspruch auf den Schutz ihrer Gesundheit.

Die heute in den Betrieben geübten Sparmaßnahmen greifen auch auf die Reinigungsmittel über. Die Zustände auf diesem Gebiet erinnern an die Kriegszeiten, wo in Folge des Mangels der einwandfreien Stoffe alle nur möglichen Ersatzmittel auf den Markt gebracht wurden. Das hatte eine ungeheure Zahl von Kranken zur Folge. Es hat außerordentlicher Mühe bedurft, nach dem Kriege diese gesundheitlichschädlichen Wäschmittel aus den Betrieben zu bringen.

Heute werden wieder unter Phantasienamen den Buchdruckereien Wäschmittel angeboten. So hatte Ende vorigen Jahres eine Buchdruckerei von einer Berliner Firma ein "Mittel zum Reinigen der Form in der Wäschine" bekommen. Im Fragebogen der "Zeitschrift" wird über dieses Wäschmittel gesagt: "Es handelt sich hierbei um ein ganz gewöhnliches Pulver, das so stark mit unreinem Terpentinöl und Kiwiöl parfümiert ist, daß der Geruch fast unerträglich ist. Das Wäschmittel trocknet nur zum Teil; es bleibt also ein starker fettiger Rückstand, der nachteilig für den Druck ist. Die Wäschfähigkeit an sich ist nicht besser als sonst bei einem Pulver." Es wäre im Interesse der Druckereibesitzer und der Arbeiter sehr angebracht gewesen, wenn man den Namen des Wäschmittels zur Kenntnis gebracht hätte, um so die Beschaffung dieses sogenannten Reinigungsmittels zu verhindern.

Neuerdings ist ein Betrieb dazu übergegangen, alle Rückstände von Öl, Wäschmitteln und dergleichen durch eine besondere Apparatur zu destillieren und das daraus entstehende Produkt als Reinigungsmittel für Formen, Walzen usw. in Gebrauch zu nehmen. Die Folge war, daß infolge der Verwendung dieses neugewonnenen Reinigungsmittels alle Arbeiter des Betriebs von Hautkrankheiten befallen wurden, mit Ausnahme der wenigen, die sich weigerten, mit diesem Mittel zu arbeiten.

Die Frage der Wäschmittel verdient also die vollste Aufmerksamkeit aller in Frage kommenden Kollegen. In einer Zeit, wo die Arbeiter in körperlicher und geistiger Hinsicht zu Arbeitsleistungen in früher nie gefannter Art veranlaßt werden, haben es die Arbeiter nicht notwendig, auch noch ihre Gesundheit in Gefahr zu bringen. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, alle Ekzeme als entschuldigungspflichtige Gewerbekrankheiten anzuerkennen, haben noch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Ansprüche auf Renten bei Arbeitsunfähigkeit können bei diesen Krankheitsursachen nicht gestellt werden. Wo daher derart gefährliche Wäschmittel zur Verwendung gebracht werden, soll man die Reinigungsarbeiten mit solchen Mitteln ohne weiteres ablehnen. Beschwerden an die Gewerbeinspektion und an die Buchdrucker-Berufsgenossenschaft dürften auch nicht ohne Erfolg sein.

-c.

Korrespondenzen

Alfeld. Am 16. Januar feierte unser Ortsverein sein 25 jähriges Bestehen. Vier Kollegen konnten an diesem Tage auf 25 jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Es sind dies die Kollegen E. v. Schmidt, U. v. K. v. n. g., K. v. n. g., K. v. n. g. und K. v. n. g. K. v. n. g. hat den Ortsverein mit gegründet. Die Feier wurde eingeleitet durch einen Prolog, gesprochen und verfaßt vom Kollegen Keeser. Vorsitzender M. v. n. g. begrüßte hierauf die Erschienenen und machte kurze Ausführungen über den Geschichte des Ortsvereins. Bezirksvorsitzender F. v. n. g. überbrachte hierauf die Grüße des Gau- und des Bezirksvorstandes und überreichte dem Ortsverein eine vom Gauvorstand gestiftete silberne Tischglocke. Vom hiesigen Gewerkschaftsrat überbrachte Zahlstellenleiter H. v. n. g. die herzlichsten Grüße. Nachdem Kollege Wiegert im Namen der Jubilare gedankt hatte, ging man zum gemühtlichen Teil über, in dessen Verlauf zwei Theaterstücke durch Ortsvereinsmitglieder aufgeführt wurden. Ein Tanzabend beendete die Jubiläumfeier erst in vorgerückter Stunde. - Inre Generalfammlung am 25. Januar war nur schwach besucht. Vom Vorsitzenden Kollegen M. v. n. g. wurde zunächst ein Abschreiben des Verbandsvorstandes verlesen. Dann erstattete er einen kurzen Jahresbericht, woran sich der Bericht des Kassierers Wiegert schloß. Die Ortskasse wies trotz der hohen Ausgaben und der Arbeitslosigkeit noch einen kleinen Reigenbestand auf. Der Ortsvereinsbeitrag wurde von 25 Pf. auf 30 Pf. herabgesetzt und das Ortsgeld auf 1 M. auf 50 Pf. für dreifache ausgeführte Kollegen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Kassierer teilte dann noch mit, daß es Reklamanten im verfloßenen Jahre nicht gegeben habe und sprach die Hoffnung aus, daß es auch im kommenden Jahr so sein möge.

München. Inre Vereinshauptversammlung am 31. Januar hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Vorsitzender K. v. n. g. begrüßte alle Erschienenen, besonders den Gauvorsteher Kollegen Wilsdorf

(Weimar). Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Buchdruckerlangverein zwei Lieber zum Vortrag. Verschiedene Mitteilungen wurden zur Kenntnis genommen. Der Jahresbericht des Vorstandes sowie der Kassenbericht vom vierten Vierteljahr 1931 lagen gedruckt vor. Aus beiden Berichten konnte man die Folgen der katastrophalen Wirtschaftslage im Bezirk deutlich erkennen. Vor allem verurteilte der hohe Arbeitslosigkeit das ganze Jahr hindurch einen beträchtlichen Rückgang der Orts- und Bezirkskasse und machte den Bezirk zu einem beachtlichen Zuschussgebiet. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde ohne Ausnahme gutgeheißen und dem Bezirkskassierer C e c e e einstimmig Entlassung erteilt. Der Ausschluß von vier Kollegen nach § 10d des Verbandsstatuts mußte vorgenommen werden. Sodann hielt Kollege W i s l a u einen Vortrag über „Gegenwärtiges in Gewerkschaft und Verband“. In längeren Ausführungen verstand er es, die Zuhörer zu fesseln, eingehend auf die Weltwirtschaftskrise, deren Ursachen und Bekämpfung. Weiter schilderte der Referent die Lage im Verband, erwähnte die Kündigung des Manteltarifs durch die Prinzipale und gab von der Bezirksvorsteherkonferenz einiges bekannt. In die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache. Eine von kommunistischer Seite eingebrachte Resolution, die u. a. forderte, dem Verbandsvorstand das schärfste Mißtrauen auszusprechen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Vorstandswahlen ergaben in fast allen Ämtern die alte Besetzung. Der Erhöhung des Bezirksbeitrags vom wöchentlichen 15 Pf. (mit Ausnahme der Kurzarbeiter) zugunsten der vollständig ausgesteuerten arbeitslosen Kollegen wurde einstimmig zugestimmt. Wegen der vorgerückten Zeit mußten einige Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden; diese finden in der nächsten Ortsvereinsversammlung ihre Erledigung. Zum Schluß forderte Kollege R e i c h a r d alle Kollegen auf, auch fernerhin regles Interesse am Organisationsleben zu bekunden.

Wiesbaden. Eines außerordentlich guten Besuchs hatte sich unsere Jahres-Hauptversammlung am 1. Februar zu erfreuen. Vorsitzender Heinrich F a r z e r gab in einfindigen Ausführungen alle Gesichtspunkte des Notjahrs 1931 innerhalb unseres Ortsvereins wieder, alle tariflichen und gewerkschaftlichen Fragen streifend. Dem Kassenbericht unseres Kassierers C. S c h a r b war zu entnehmen, daß trotz aller Anforderungen der Kassenbestand ein guter ist. Seine Maßnahmen, auch als Sparkommissar, waren die besten. Zu Weihnachten konnten etwas über 150 M. an unsere Arbeitslosen, an zwei Witwen ausgeschüttet werden. Auch unsere Durchreisenden konnten mit der Auszahlung im bayerischen Nizza im verfloßenen Jahr zufrieden sein. Lehrlingsleiter J. R i e f e r gab kurz den Bericht über die Lehrlingsabteilung, um auch gleichzeitig den Dank aller Sparten für die Zuwendungen des Ortsvereins zum Ausdruck zu bringen. Kollege und Fachlehrer W. B a d e r streifte kurz unsere Buchdruckerklasse und teilte mit, daß seitens der Stadt eine Garnitur Schrift für die Klasse angeschafft wurde, was in Anbetracht des sonst üblichen Abbaues lobhaft begrüßt wurde. Einstimmig gab die Versammlung allen Beiräten die Zustimmung. Ebenso dem Vorstoß des Vorstandes, den Beitrag in alter Höhe zu belassen, um den Anforderungen der Notzeit gerecht zu werden. Dem Aufschluß zum Anschluß an die Eisenerne Front wurde auch durch uns Buchdrucker Folge geleistet. Die gesamte Vorstandskasse wurde ohne Einwendungen wiedergewählt, ebenso wurde die übliche Entschädigung gewährt. Mit Erledigung des Punktes „Verschiedenes“ fand die wirklich sachlich und ruhig verlaufene Versammlung ihr Ende.

zz. Berlin. (Situationsbericht.) Unsere Kollegen der Drucker der Wochenzeitung „Rundfunk-Rundschau“, die im Verlag Karl Hansen, Caussestraße 59, kämpfen gegen den Lohnabbau. Hier wurde in besonders brutaler Weise gegen die Belegschaft vorgegangen. Dem Personal, darunter Kollegen, die etwa 20 Jahre im Betrieb waren und auf verantwortlichem Posten standen, sollte der Lohn bis auf das glatte Minimum gekürzt werden. Da die Kollegen ihre Zustimmung zu diesen schmerzhaften Maßnahmen ihres jungen Chefs nicht gaben, wurde die gesamte Belegschaft am 5. Februar rückwärts entlassen. Inzwischen hatte der junge Herr, der das Geschick seines Vaters führt, sich bereits mit dem Gutenbergsbund in Verbindung gesetzt, und sahen hatten unsere Kollegen den Betrieb verlassen, so traten dort Gutenbergsbundler in Aktion. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, die Bündler von ihrem unfolgsamen Verhalten abzubringen; im Gegenteil bevölkerten sich den von uns verlassenen Betrieb immer stärker. Und nun war der Firma Hansen auch nichts mehr löstpflichtig genug. Dem alten Personal, das fast ein Menschenalter hindurch diesem Unternehmer seine Arbeitskraft gewidmet hatte, wollte man den bisherigen Lohn nicht mehr zahlen. Aber für die Schuster, die uns in den Rücken fielen, wurde das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Aberstunden wurden Tag und Nacht geschoben. Einer der Heiden brachte es sogar auf eine „Schicht“ von 36 Stunden. Und trotz alledem schloß die Erzeugnisse, die herausgewerkelt wurden, täglich aus. Hierbei sei auch noch erwähnt, wiewohl traurige Rolle ein Seher J. aus Kuhlleben spielte. Dieser war kurz vor dem Konflikt als Ausschüß beschäftigt. Als die Firma den Lohnabbau ankündigte, wettete er am schärfsten im Kollegentreife gegen diese Maßnahme. Er verließ dann die Druckerie, weil seine Ausschüß zu Ende war, ließ aber merkwürdigerweise seine Sachen da, was uns schon verdächtig vorkam. Nichtig, am Freitag wurden wir entlassen und am Sonnabend früh trat J. bereits in Tätigkeit. Unsern Posten rief er höhnisch zu: „Ihr habt mich nicht nicht zu arbeiten.“ Solche erbliche Gesinnung ist wirklich nicht zu überbieten. Im Falle Hansen erwies sich, daß es fundiert war und es nicht nötig hatte, die Löhne abzubauen, denn die Firma drückt periodische Zeitschriften, und der Chef erklärte ganz offen: „Wenn ich durch diesen Lohnabbau nicht noch eine Zeitschrift verliere, mache ich mir gar nichts daraus!“ Man sieht also am Exempel, es geht bei dem Lohnabbau nicht, wie die Unternehmer uns glauben machen wollen, um die Aufrechterhaltung der Betriebe, sondern der Buchdrucker soll auf das elendeste Lohnniveau herabgedrückt werden. Eine sehr reiches Kapitel übrigens auch zum Preisabbau. Unsere

Löhne sind innerhalb Jahresfrist um 20 Proz. gekürzt worden. Selbst den armen Teufeln von Boten, die die „Rundfunk-Rundschau“ austragen, wurde der Botenlohn von 3 Pf. auf 2 Pf. pro Exemplar gekürzt. Dagegen wurden die Abonnementpreise nicht um einen roten Pfennig ermäßigt. Wo ist da der Zweck der ganzen Lohnreduzierung? Die Firma Hansen verliert bereits ihre Arbeiter in anderen Druckerien unterzubringen. Kollegen, lehnt diese Streikarbeit ab! Die „Rundfunk-Rundschau“ wird auch in der Provinz, namentlich im Bezirk Steffin und Breslau, gelesen. Alle Kollegen werden um strengste Solidarität gebeten.

Bremen. (Handsetzer.) Am 3. Februar fand unsere Jahres-Hauptversammlung statt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erstattete Vorsitzender F a r m e n i n g den Jahresbericht, der eingangs erkennen ließ, daß im verfloßenen Geschäftsjahr nicht gerade von einem regen Verfallungsbesuch der Kollegen gesprochen werden kann. Die Beschäftigten erfreuten sich dagegen einer sehr guten Beteiligung. Durch Mitarbeit aller Kollegen und regelmäßig stattfindender Versammlungen soll im neuen Jahr versucht werden, die Mitglieder mehr für die Sparte zu interessieren. Spartenfragen und wirtschaftliche Themen sollen in diesen Versammlungen durch Kurzreferate behandelt werden. In der in Hamburg abgehaltenen Handsetzer-Vorstandskonferenz der fünf norddeutschen Gauen nahm auch zwei Delegierte der Gauerunion Nordwest teil. Ein gutes Zusammenarbeiten mit den anderen Sparten war auch im letzten Jahr zu verzeichnen. Im weiteren Bericht des Vorsitzenden wurden dann noch alle im Laufe des Jahres vorgekommenen Ereignisse nochmals erörtert und besprochen. Durch Vorträge im Gau wurde die Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen fortgesetzt, und diese soll erneut durch ein Werbezettlar im Gau wie auch in Bremen aufgenommen werden. Die Berednerkommission erstattete infolge der Neubestellung der Zeitung im verfloßenen Jahr eine rege Tätigkeit, die sich in einigen Fällen zugunsten der Kollegen auswirkte. Einige Beschäftigten wurden neben den Versammlungen auch wieder für das kommende Jahr in Aussicht genommen. Vorgelesen ist weiter für die Arbeitslosen ein Vortragsmorgen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen neu zu beleben. Bei genügendem Zutritt sollen diese Morgenvorträge wiederholt werden. Kollege M u l l e r gab den Kassenbericht der Gauerunion, aus dem zu ersehen war, daß trotz Arbeitslosigkeit und Krise ein stabiler Stand der Kasse vorhanden ist. Ebenso ließ der vom Kollegen v. d. H e y d e gegebene Kassenbericht der Bremer Vereinigung erkennen, daß mit den vorhandenen gewissen Mitteln sparsam gewirtschaftet wurde. In ergiebiger Aussprache wurde zu den Berichten Stellung genommen und dem Vorstand sowie den Kassierern für ihre Tätigkeit einstimmig Entlassung erteilt. Für Vorstand, Kassieren und Berednerkommission wurden, mit Ausnahme eines Vorstandsbeisitzers, die bisher tätig gewesenen Kollegen vorgeschlagen und wiedergewählt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, den Wochenbeitrag von 15 auf 10 Pf. herabzusetzen, da auch in der erweiterten Vorstandssitzung der Gauerunion der vierteljährliche, Gausbeitrag von 15 auf 30 Pf. ermäßigt wurde. In eingehender Aussprache beschäftigte sich dann die Versammlung noch mit einigen gestellten Anträgen zur Manteltarifverhandlung, die der Bezirksversammlung zur Annahme empfohlen werden sollten.

Bremen. (Korrektoren.) Unsere Jahres-Hauptversammlung am 7. Februar nahm den Jahresbericht entgegen, der trotz der wirtschaftlichen Notlage einen Mitgliederzuwachs verzeichnet. Beim Kassenbericht stellte sich heraus, daß ein kleiner Überschuß vorhanden ist. Der Vorstand wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt und nahm das Amt wieder an mit dem Versprechen, wie bisher die Geschäfte des Vereins zum Wohle der Mitglieder zu führen. Dann wurde berichtet über eine Eingabe an das Baupolizeiamt betreffs Vorlage eines Entwurfs bei Um- und Neubenennung von Straßen um Einheitlichkeit in den Straßenbezeichnungen herbeizuführen, vor allem in bezug auf die deutsche Rechtschreibung. Von Herrn Senator Klemm beauftragt, vom Korrektorenverein „Nordwest“ und dem Deutschen Sprachverein unterstützt, ist diese Eingabe an Herrn Baurat Bahjnon weitergeleitet worden.

Bremervorhaben - Wesermünde. Unsere Generalversammlung am 6. Februar unter guter Beteiligung abgehalten. Nachdem das Andenken von zwei verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt worden war, gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß die Kollegen infolge der immer noch anhaltenden Wirtschaftskrise schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Wenn die Verhältnisse am hiesigen Ort in bezug auf Abbau des Lohnes bisher immer noch als günstig zu bezeichnen waren, so haben unsere Prinzipale doch von ihrem tariflichen und auf Grund der Notverordnung ihnen zustehenden Recht ausgiebig Gebrauch gemacht. Daß dadurch eine Verbitterung unter die Arbeiterklasse gebracht worden ist, versteht sich am Rande. Der Bericht des Lehrlingsleiters wurde mit großem Interesse verfolgt, und es ging daraus hervor, daß unser Nachwuchs in besten Händen ist. Unsere Zahlstelle wurde von 600 Durchreisenden besucht. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Zum Schluß wurden die Kollegen zu kräftiger Mitarbeit am Organisationsleben aufgefordert.

Brieg. Unsere Jahres-Hauptversammlung am 6. Februar, die von 55 Kollegen besucht war, eröffnete Vorsitzender S p i e w o r mit dem Wunsch, daß mit Beginn des neuen Jahres der Höhepunkt der Wirtschaftskrise überschritten sein möge. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende eines verstorbenen Kollegen mit einem ehrenden Nachruf. Der Kassenbericht vom vierten Quartal wurde zur Kenntnis gebracht und dem Kassierer für gute Führung der Kassengehäfte Dank abgestattet. Die Jahresberichte des Vorstandes zeigten, daß, trotz schlechter Zeitverhältnisse, doch noch rege Verfallungstätigkeit zu verzeichnen war. Der Vorsitzende ließ in seinem Bericht alles Geschehen des verfloßenen Jahres Revue passieren und stellte fest, daß es uns nur Not und weitere Verschlechterungen gebracht hat, und wir letzten Endes die Leidtragenden einer kapitalistischen Weltwirtschaft sind. Die anhaltende schlechte Wirtschaftslage hat sich auch in unserm Ortsverein durch langanhaltende Kurzarbeit sowie Entlassung aller entscheidigen Arbeitskräfte hart bemerkbar gemacht. Die niederdrückende Wirtschaftslage verur-

sachte bei der Kollegenschaft Verärgerung und Resignation, und die unzulängliche Erleichterung der Beitragszahlung löste scharfe Kritik aus. Hierauf gab der Vorsitzende die entsprechende Aufklärung. Die Entschädigung für den Vorstand erfuhr eine zehnprozentige Kürzung. Gleichfalls wurde beschlossen, die Ausgaben möglichst zu drücken. Daraufhin wurde der Ortsbeitrag um 5 Pf. pro Woche gekürzt. Die dann erfolgte Vorstandswahl ergab eine Wiederwahl des gesamten Vorstandes, mit Ausnahme des Lehrlingsleiters, der sein Amt niedergelegt hat. Durch Neuwahl wurde Kollege H a n t e für diesen Posten gewählt. Die Wiederwahl hat gezeigt, daß die Kollegen dem Vorstand ihr Vertrauen auch weiter entgegenbringen. Zu den besprochenen Manteltarifverhandlungen wurden einige Anträge zur Weiterleitung an den Gauvorstand angenommen.

Chemnitz. Unsere Jahres-Hauptversammlung am 7. Februar war gut besucht. Das Andenken der verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise gelehrt. Am 1. Februar verschied unser langjähriger Kassierer Karl Weier im Alter von 64 Jahren. In 43jähriger Verbandszugehörigkeit führte er 23 Jahre lang in vorbildlicher Weise die Kassengehäfte der Mitgliedschaft. Vorsitzender W a n g e l i n gab zu dem gedruckten vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht noch einige Erläuterungen. Das Jahr 1931 war ein Krisenjahr, wie wir es noch nie erlebt haben. Bei 700 Mitgliedern hatten wir durchschnittlich 170 Arbeitslose, jezt sind es 220, und das Steigen geht weiter. Die Krise der Metall- und Textilindustrie wirkt sich auch auf das Buchdruckerhandwerk aus. Naturgemäß waren auch die Unterhaltungsansgaben groß. Sie betragen annähernd 100 000 M. für 700 Mitglieder, während die Einnahme nur 82 000 M. betrug. Außerdem zahlte der Gau für die Chemnitzer Arbeitslosen anlässlich des Weihnachtsfestes noch 2200 M. aus. Die Ortskasse leistete noch einen Zuschuß für Durchreisende von 2731 M., für Sterbefälle 489 M., für Versammlungsbesuch 612 M. und für Arbeitslose und Invaliden anlässlich des 50jährigen Bestehens der Mitgliedschaft 1300 M., die Waisenkindern erhielten zu Weihnachten je 15 M. Groß war die Opferwilligkeit der Kollegen, doch konnte nicht alle Not gelindert werden. Die Aussprache war kurz; die oppositionellen Kollegen brachten nicht viel Neues. Sie können es auch nicht besser machen! Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Kollegen Weier tritt Kollege H e f f e r neu in den Vorstand ein. Die Opposition stellte nur zwei Kandidaten für den zweiten Vorsitzenden und den zweiten Kassierer auf. Sie vermochte aber keinen „Sieg“ zu erringen. Die anderen sechs Vorstandsmitglieder wurden durch Zuruf teils einstimmig, teils gegen wenige Stimmen gewählt. Ferner wurde zur Kündigung des Manteltarifs durch die Unternehmer Stellung genommen. Verschiedene Anträge über Arbeitszeit, Ferien, Bekleidungsfragen usw. wurden einstimmig angenommen. Nachdem Gauvorsteher D e r e k t noch einige Reichsgerichtsentscheidungen in Bekleidungsfragen bekanntgegeben hatte, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Chemnitz. (Stereotypen und Galvano-plastiker.) Am 31. Januar tagte hier die Generalversammlung unserer Gauerunion. Kollege S t o p p hielt die Eröffnungsrede herzlich willkommen, unter besonderer Begünstigung der Vertreter der einzelnen Vorstände, die ebenfalls auf den Ernst der Zeit hinwiesen und der Tagung einen guten Verlauf wünschten. Nach Bekanntgabe einiger Eingänge erstattete Kollege Stopp den Jahresbericht. Das Jahr 1931 hat die gesamte Arbeiterschaft weiter in Not und Elend herabgedrückt, und in wirtschaftlicher Hinsicht haben wir einen Teufelsand erreicht, wie wir ihn seit dem schwersten Inflationsjahr 1923 nicht wieder durchgemacht haben. Täglich steigt das Heer der Arbeitslosen weiter an und immer katastrophaler wirken sich die Folgen der privatkapitalistischen Wirtschaft aus. Wenn wir die Verhältnisse in unserre Vereinigung betrachten, so müssen wir auch der feststellen, daß es Opfer gekostet hat. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 41. Anschließend erstattete Kollege B e c k e r für unsern erkrankten Kollegen Schwalbe den Kassenbericht. Diefem wurde debattelos zugestimmt und dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Die Wahlen gingen glatt vonstatten, da der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Ein Antrag des Vorstandes: Der Beitrag ist auf seiner alten Höhe zu belassen, ferner: auswärtigen Kollegen werden bei Besuch der Monatsversammlung 50 Proz. des Jahrgeldes zurückvergütet, wurde einstimmig angenommen. Unter „Rechnissem“ hielt Kollege H e r m a n n (Chemnitz) einen mit reichlichem Ausstellungsmaterial versehenen Vortrag über „Die Illustrationstechnik in der Stereotypie“. Der Vortrag fand bei den Kollegen großen Anklang. Das bewies am besten die sehr rege Aussprache, woran sich fast alle Kollegen beteiligten. Unter „Tariflichem“ wurde der Lohnabbau besonders behandelt. Unserm Gauvorsteher Dreht wurden verschiedene Wünsche der Sparte mit auf den Weg gegeben, um selbige bei den Tarifverhandlungen mit zur Aussprache zu bringen. Gleichzeitig wurden die Kollegen ersucht, sich gegen einen jeden untariflichen Abbau aufs äußerste zu wehren. Schließlich wurde noch der Maternausaustausch reg besprochen, ferner verschiedene interne Angelegenheiten erledigt. Die Jahrgesamtwersammlung findet in Meerane statt. Den Abschluß der so anregend verlaufenen Tagung bildete eine gemächliche Mittagstafel.

Oberlab. Unsere Jahres-Hauptversammlung am 6. Februar hatte einen sehr lebhaften Verlauf, im Gegensatz zu unsern Monatsversammlungen, die immer sehr gut besucht sind. Kollege J h l gab den Geschäftsbericht, konnte darin aber wirklich nichts Erfreuliches berichten. Der Mitgliederbestand beträgt 32, hiervon sind 14 der größte Teil schon jahrelang arbeitslos. In sämtlichen Betrieben ist Kurzarbeit eingeführt, die bis zu 24 Stunden beträgt. Bezirksvorsteher B o l k a r t hielt darauf einen Vortrag über: „Unser Verband in der Krise“. Einleitend gab er die Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse im abgelaufenen Jahr bekannt, wobei jedem Kollegen klar wurde, daß die Unterhaltungsansgaben, wie sie bestanden, nicht beibehalten werden konnten. Der Vortrag klang in den Appell aus, treu zusammenzuhalten, um so über die Krise hinwegzukommen. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Den Schluß der Versammlung bildete eine Aufforderung des Kollegen J h l zum Eintritt in die Eisenerne Front.

Frankfurt a. d. D. (Drucker.) Fast genau an dem Gründungsstag, am 16. Januar, fand die Feier unseres 25jährigen Bestehens statt. Die Mitglieder waren vollständig erschienen und neben ihnen Freunde und Gäste. Einige gut vorgetragene Konzertstücke eröffneten die Feier. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Knipfel schloß der Vorsitzende des Kreises Berlin, Kollege Wendland, die Festrede. Die inhaltsreiche Rede ließ im Geiste die Geschehnisse vergangener Zeiten an uns vorüberziehen. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ehrung der Gründer und Jubilare. Kollege Wendland dankte den Kollegen Paul Enderlein, Paul Jellenberg, Karl Rummelt, August Böries und Heinrich Schlimm für ihre Treue, die sie der Sparte und somit dem Verband gehalten haben, und überreichte ihnen ein kleines Andenken. Hieran schlossen sich weitere Glückwunschsprachen. Für die Zentralkommission überbrachte Kollege Erich Krauß die besten Glückwünsche. Ihm schloß sich an Kollege Friedrich Paschke für Ort und Bezirk. Außerdem trafen verschiedene Telegramme und Glückwunschkarten ein. Der Vorsitzende dankte für die dargebrachten Glückwünsche, die ein Beweis guter Zusammengehörigkeit seien. Gute Musik, Kabarett und tadellos ausgeführte neue Tänze unseres ehemaligen Druckerkollegen, jetzigen Tanzlehrers, Paul Rummelt sorgten für Unterhaltung. Besonders soll unser „Typographia“ gedacht werden, die ihre Gesänge hier ansprechend zum Vortrag brachte. Bis zum frühen Morgen hielt der Tanz Gäste und Kollegen zusammen. Die anfängliche des Jubiläums herausgegebene Festschrift zeigt in Aufmachung und Inhalt, daß wir neue Wege gegangen sind, die dem Hersteller zur Ehre gereicht. Der Entwurf stammt vom Kollegen Artur Veltin. Der Firma Trowitzsch & Sohn sei für die kostenlose Herstellung sämtlicher Jubiläumsschreiben auch an dieser Stelle Dank abgefragt. Interessanten können die Festschrift durch den Kollegen Ernst Knipfel, Wilmannstraße 12, beziehen.

Riel. In unserer Jahreshauptversammlung am 31. Januar mußte der Vorsitzende mitteilen, daß mehrere Firmen mit der Lohnzahlung an ihre Belegschaften mit erheblichen Verzögerungen in Rückstand sind. Die Forderungen betragen in einem Falle bis zu sechs Wochen, in einem andern Betrieb trotz Kurzarbeit teilweise 150 bis 200 M. Einem Personal konnte durch Pfändung zu seinem Recht verholfen werden, bei einem andern Betrieb muß durch Sperre und entsprechenden Antrag an das Arbeitsamt verurteilt werden, dem Prinzipal beizubringen, daß geleistete Arbeit auch ihren Lohn finden muß. Ein Auszahlung nach § 10 erfolgte einstimmig, weil ein Kollege, der als SA-Mann der Nazis wegen eines gemeinsamen Überfalls auf zwei Jungbauernleute gerichtlich verurteilt und daraufhin in einer Vorstandsbesitzung vernachlässigt wurde, aus dieser kollegialen Beschuldigung und den dort gepflogenen vertraulichen Mitteilungen seiner Firma Bericht erstattet hatte und im übrigen den ihm auferlegten Bedingungen nicht entsprach. Der Jahresbericht des Vorsitzenden brachte eine ausführliche Betrachtung über die heutigen weltwirtschaftlichen Zustände und deren Auswirkungen, auf Deutschland, auf speziell auf unsern Beruf; weiter hob er das Marktansehen aus dem Geschehen des letzten Jahres in der Mitgliedschaft hervor. Einzelnen wurde in der Ansprache gemeint, daß die Ausführungen in der Jahresbericht nicht hinlänglich gehörten, doch betonte zustimmend die Mehrzahl der Diskussionsredner, daß es vielen Kollegen notwendig sei, in dem gebotenen Rahmen die Zusammenhänge einmal vor Augen geführt zu bekommen. Der Kassenbericht spiegelte die unglückliche Wirtschaftslage mit ihren die gesamte Arbeiterschaft hart treffenden Auswirkungen wider. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt und seine Wiederwahl empfohlen, die auch mit Neubesetzung zweier Beisitzerposten infolge Invaldität eines Kollegen und Spartenwechsels eines andern erfolgte. Wegen der aus Ortsmitteln zu leistenden erheblichen Aufwendungen und Mäßigung der eingehenden Beiträge wurde der Ortsbeitrag in gleicher Höhe beibehalten, leider mußten die Ausgaben in einigen Sägen den veränderten Verhältnissen entsprechend gestürzt werden. Angeregt wurde, beim Verbandsvorstand eine Änderung in der Staffellung der Extrabeiträge zu beantragen, weil die für Minimumentlohnung und erste Grenze (60,99 M.) bestehende Differenz als zu hoch empfunden wurde. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Februarversammlung wegen der durch Kündigung des Manteltarifs geschaffenen Lage vorzuerlegen. Schließlich beschloß die Mitgliedschaft den korporativen Beitritt zum Arbeiter-Radiobund.

Königsberg (Pr.). (Stereotypen.) Auf sein 25jähriges Bestehen konnte am 17. Januar der Stereotypenklub Ostpreußen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatten sich die Kollegen zu einer schlichten Feierstunde zusammengefunden. Ein Musikstück leitete den Festakt ein, worauf ein gemeinsamer Gesang: „Brüder reicht die Hand zum Bunde“, folgte. Nach dem Vortrag begrüßte Vorsitzender Czornowitz die erschienenen Gäste, u. a. den Kollegen Herz (Berlin) von der Zentralkommission. Dann wurde der Toten des Vereins gedacht. Hieran schloß sich ein Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre. Nach Vereinerung zwischen eingegangener Glückwünsche aus dem Kreise, wofür den Vereinen an dieser Stelle besonders gedankt sei, referierte Kollege Borz über das Thema „Organisation und Technik in unserer Sparte“. Der starke Beifall zeigte, daß seine Ausführungen mit regem Interesse entgegengenommen wurden. Eine gemeinsame Mittagstafel bildete den Übergang zur Jahreshauptversammlung, die sich in üblichem Rahmen bewegte. Erwähnenswert ist, daß von 23 Mitgliedern im Gau Ostpreußen zur Zeit 13 Kollegen arbeitslos sind. Nachdem sich die Angehörigen der Mitglieder und Gäste zahlreich eingefunden hatten, ging man zum gemütlichen Teil über. Bei musikalischen und humoristischen Vorträgen sowie Tanz blieben die Festteilnehmer recht lange beisammen.

Kottbus. (Drucker.) Die Jahreshauptversammlung unseres Bezirksvereins fand am 21. Januar statt. Am Vortage (23. Januar) wurden die Weinstellereien von Schröder & Co. besichtigt. Abends 8 Uhr folgte ein vielversprechender Lichtbildvortrag des Kollegen Bower (Berlin): „Ein Gang durch den Großdruckereibetrieb Alstein“. Am Hand von über 100 Lichtbildern erläuterte der Referent den Werdegang des Berliner Großdruckereibetriebs Alstein. Die Ausmaße und technischen

Einrichtungen der einzelnen Abteilungen erregten berechtigtes Erstaunen bei den Kollegen. Ganz besonders war dies der Fall bei den Bildern der Maschinenfabrik, hauptsächlich des Saales der Rotationsmaschinen. Weitere Bilder bewiesen, daß auch in hygienischer Beziehung, durch Kranken- und Unfallhilfe sowie durch Einrichtung von Erfrischungs- und Speiseräumen, für das Wohl des darin beschäftigten Personals Sorge getragen worden ist. Zusammengefaßt war dieser Lichtbildvortrag für uns Provinzkollegen hochinteressant und lehrreich, was auch der anhaltende Beifall bezeugte. Nachdem Vorsitzender Himmann den Referenten den Dank der Versammlung für seinen lehrreichen Lichtbildvortrag abgefragt hatte, folgte als Abschluß des Vortrages ein zwangloses kollegiales Beisammensein. — Am folgenden Tage fand die Jahreshauptversammlung statt, die den Zeitverhältnissen entsprechend auf belustigt war. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß trotz schwerer Krisenzeit und großer Arbeitslosigkeit gute Erfolge für die Sparten-tätigkeit erzielt werden konnten. Der Kassenbericht gab Kollege Krüger über den Arbeitsloshäufigkeit weniger Einmachten zu verzeichnen waren und die Kasse durch Beihilfen an Arbeitslose stärker als je in Anspruch genommen wurde, konnte dank umsichtiger Whaltens des Kassierers ein noch ansehnlicher Betrag aus dem neuen Jahr übernommen werden. Dem Kassierer wurde für ordnungsmäßige Kassenführung Entlastung erteilt. Bei den Vorstandswahlen machte sich eine Neuwahl des ersten Vorsitzenden notwendig. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Uhlmann, legte aus gesundheitlichen Gründen sein Amt nieder. An dessen Stelle wurde Kollege Lindenberg gewählt. Die Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder ergab die bisherige Zusammenlegung. Die folgende Debatte über Herabsetzung des Spartenbeitrags endete mit der Beibehaltung des Beitrags in der bisherigen Höhe, damit die Ausgestaltung des Jahresplans sowie die Beihilfen an arbeitslose Kollegen nicht unter weiterer Einschränkung zu leiden haben. Zum Jahresplan selbst wurden aus der Versammlung heraus verschiedene Vorschläge gemacht, die dem Vorstand zur näheren Prüfung und Ausarbeitung überwiesen wurden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten nahm Kollege Bower vom Kreisvorstand das Wort, um seiner Anerkennung über die Tätigkeit der Sparte Ausdruck zu geben. Im besonderen bedauerte er den Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Kollegen Uhlmann und sprach diesem namens des Kreisvorstandes Dank für seine Tätigkeit aus. Im weiteren Verlauf referierte Kollege Bower eine Reihe partenerorganisatorischer Notwendigkeiten. Nur durch treues Zusammenhalten in Sparte und Organisation werde es möglich sein, den kommenden Zeiten gewappnet gegenüberzutreten. Lebhafter Beifall bedauerte die Treue der Kollegen zur Sparte und zur Organisation. Mit einem Appell des neuen Vorsitzenden Lindenberg fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Bis zur Abreise der auswärtigen Kollegen blieb man im Vereinsstotal kollegial beisammen.

Wienig. (Maschinenleger.) Am 31. Januar hielt unsere Bezirksvereinigung ihre Hauptversammlung ab. Trotz eines zeitgemäßen, sehr wichtigen Vortrags, der auf der Tagesordnung stand, war der Besuch hauptsächlich aus den Bezirksorten, sehr mäßig. Vorsitzender Köhler begrüßte die Erschienenen und gedachte mit kurzen Worten eines vor kurzem plötzlich verstorbenen Kollegen. Dem Vorschlag des Gauvereinsvorsitzenden, die Gauhauptversammlung in diesem Jahr aus Sparansgründen mit der Wanderversammlung zusammenzulegen, gab die Versammlung ihre Zustimmung. Im Jahresbericht streifte Kollege Köhler noch einmal kurz alle Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Schwer lastet die Wirtschaftskrise auch auf den Kollegen unseres Bezirks. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind an der Tagesordnung. Er schloß seine Ausführungen mit der Ermahnung an alle Kollegen, in dieser ersten Zeit treu zu Organisation und zur Sparte zu stehen. Dem Kassierer Seefeld wurde nach Erstattung des Kassenberichts für einwandfreie Kassenführung antragsgemäß Entlastung erteilt. Bei der Beitragsregelung wurde eine Herabsetzung des wöchentlichen Beitrags von 30 auf 25 Pf. beschlossen. Hierauf referierte Kollege Geier (Breslau) über das Thema „Von Berechnen im Zeitungsglag“. In dieser Materie ist den aktuellsten im Berufsleben geföhrt, wäre ein weit besserer Besuch gerechtfertigt gewesen. Der Referent betonte eingangs seiner Ausführungen, nicht der Akkordarbeit das Wort reden zu wollen. Seine Erläuterungen sollten vielmehr den Kollegen nur Mittel zum Zweck sein. In der heutigen Zeit mit ihren Bestrebungen der Unternehmung, die Abrechnungsbuchführung abzubauen, müsse jeder Kollege latschfest genug sein, durch Kenntnisse im Berechnen seine Entlohnung vor den Prinzipalen zu vertreten. An Hand des Tarifs und mitgebrachter Sachbeispiele gab er den Kollegen Aufklärung über die angewandten Zuschläge und die zu leistende Sahnmenge. In seinem Schlusswort appellierte er an die Kollegen, seine Worte nicht nur als Theorie gelten zu lassen, sondern Solidarität zu wahren und sich nicht durch ungemachte Schulterei selbst in das große Heer der Arbeitslosen einzureihen. Die Wahlen zum Vorstand ergaben die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Mit einer kurzen Diskussion über „Sprachliches“ erreichte die Versammlung ihr Ende.

Neuen. In unserer Generalversammlung wählte u. a. die Kollegen Karl Wader zum ersten Vorsitzenden und Bruno Tempel zum Kassierer sowie R. Schröder zum Beisitzerkollegen. Unsere Mitgliedschaft nimmt regen Anteil am Vereinsleben. Nach dem Jahresbericht wurden die Versammlungen durchschnittlich von 85 Proz. der Mitglieder besucht. Am Ort befinden sich jetzt fünf Arbeitslose, die ebenfalls die Versammlungen regelmäßig besuchen, um die Fühlung mit den Kollegen zu behalten und beruflich nicht ganz aus dem Geis zu kommen. Der letzte ungeheure Lohnraub, der sich in kleinen Orten besonders hart bemerkbar macht, war Mittelpunkt lebhafter Erörterungen. Die hiesigen Preis- und Mietverhältnisse bewegen sich auf gleicher Stufe wie in Berlin, ja, sie liegen in mancher Hinsicht noch ungünstiger. Unser Ort verdient längst in eine höhere Ortsklasse eingruppiert zu werden. Die Tarifverhältnisse sind hier immer noch stabil; einige Zweifler und mutlose junge Kollegen wurden von den alten Kampfern energisch zurückgewiesen, einige Restanten und Zahlungsunwillige unter Hinweis auf die

letzte Konsequenz an ihre Pflichten erinnert. Die Versammlung verlief sehr anregend. Sie hatte als weitere Punkte noch einen Vortrag des Kollegen Tempel über „Fragen der Steuerermäßigung“, Besprechung einer Druckachtrundsendung, Bericht über die Bildungs- und Lehrlingsarbeit, über die Büchergilde und eine Beschlusfassung über die Beschäftigung der hiesigen Wasserwerke aufzuweisen.

Hördingen. In unserer Generalversammlung am 23. Januar hatte wiederum unser sehr guter Besuch aufzuweisen. Erschienen waren 47 Kollegen. Unter „Gesellschaftlichem“ gab Vorsitzender Schluß und einige Glückwunschkarten bekannt. In seinem darauffolgenden Jahresbericht rief er nochmals das im Vorjahr Geschehene nach und stellte fest, daß es uns nur noch weitere Verbesserungen gebracht hat. Aus dem Jahresfassenbericht, den Johann Kollege Erdlen gab, war zu ersehen, daß die Kassenverhältnisse nicht gerade die ungünstigsten sind. Die Ortsklasse hat einen Vermögensstand von rund 537 M. aufzuweisen. Kollege Kling gab in seinem Bericht als Lehrlingsleiter u. a. bekannt, daß an der Zwischenprüfung, die in Donauwörth stattfand, die Lehrlinge teilnahmen, die die Prüfung mit Gut bestanden. In Zukunft werden die Gehilfenprüfungen nicht mehr in Hördingen, sondern in Donauwörth abgehalten. Bei der hierauf vollzogenen Wahl wurde der alte Vorstand bis auf zwei neue Beisitzer wiedergewählt. Vorsitzender Schluß und 23 Jubilate haben, die auf eine 25jährige und noch weit darüber hinausreichende Verbandszugehörigkeit zurückblicken können.

Katibor (Oberhessl.). Bei sehr gutem Besuch fand am 30. Januar unsere Generalversammlung statt. Einer Reihe vom Vorsitzenden bekannt gegebener Eingänge folgte der Kassenbericht des Kollegen Isakla, der einen guten Stand der Ortskasse nachwies. In seinem Jahresbericht streifte der Vorsitzende die allgemeine Lage, ging dann auf die örtlichen Verhältnisse ein und führte die Notwendigkeit des weiteren festen Zusammenhaltens vor Augen. Unter Leitung des Alterspräsidenten Kosik wurde der Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt; nur für einen langjährigen Beisitzer war eine Ersatzwahl notwendig. — Bei einem aus der Ortsklasse gependeten Glas Bier blieben die Kollegen noch gemütlich beisammen.

Schmaltdalen. In unserer Generalversammlung am 30. Januar erreichte sich eines guten Besuchs. Die Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers führten uns den wirtschaftlichen Niedergang in unserm Gewerbe vor Augen. Eine weitere große Zahl von Kollegen ereichte das Los der Erwerbslosigkeit. Ganze drei Kollegen unseres Ortsvereins haben zur Zeit noch das Glück, Vollarbeit zu sein. Und doch hatte das Jahr 1931 für unsern kleinen Ortsverein besondere Bedeutung. Konnten wir doch im August das 25jährige Ortsvereinsjubiläum in würdiger Art begehen. Nachdem die Entlastung des Kassierers einstimmig erfolgt war, wurde zur Vorstandswahl geschritten, die keine wesentlichen Änderungen brachte. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, lediglich der zweite Vorsitzende und ein Beisitzer wurden infolge Wegzugs neu hinzugewählt. Unter „Beschließendem“ verlas ein junger erwerbsloser Kollege ein längerer Schreiben, in dem er die Lage eines Erwerbslosen treffend schilderte. Insbesondere wurde in dem Schreiben das Verhältnis eines solchen gegenüber den arbeitenden Kollegen beleuchtet. Eine teure Ausfrage hierüber bildete den Abschluß der gut verlaufenen Versammlung.

Seginh i. Sa. In unserer Jahres-Hauptversammlung am 23. Januar wurde der reichlichen Hälfte der Mitglieder besucht. Nachdem die Eingänge besprochen waren, gab Kollege Pfeiffer seinen Kartellbericht, der, wie immer, in muntergültiger Weise zu Gehör gebracht wurde. Es muß unsern alten Jakob hoch angerechnet werden, daß er, als ältester Kämpfer, sich immer so wader in den Dienst unserer Sache stellt und die hierfür erworbenen Delegationsgelber unserer Vereinskasse zur Verfügung stellt, die für durchreichende Kollegen Verwendung finden. Sodann gab der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß im verflochtenen Jahr die Tätigkeit unseres Ortsvereins eine halbwegs gute gewesen ist. Leider ist die Arbeitslosigkeit unter unsern Kollegen schlimmer geworden, so daß wir bei 29 Mitgliedern ein Drittel Arbeitslose zu verzeichnen haben. Von den jetzt hier existierenden fünf Druckereien arbeitet eine verkrüppelt, nur im größten Betrieb, dem „Grenzblatt“, ist bis jetzt voll gearbeitet worden. Der Veranlassungsbuch hätte ein besserer sein können. Der Bericht des Beisitzers gab zu erkennen, daß auch bei den Jungbuchdruckern nach Möglichkeit alles getan wurde, um sie für unsern Beruf brauchbar zu machen. Mit Interesse wurde Johann der Bericht unseres Kassierers vernommen. Ein Abschluß konnte freilich nicht erwartet werden, mußte doch die Kasse mit zur Weihnachtsgabe an unsere bedrängten arbeitslosen Brüder herangezogen werden, zu der die im vollen Erwerb stehenden Kollegen freiwillig eine Summe zur Verfügung stellten. Daß dies eine Freude für unsre in Not gekommenen Kollegen war, konnte man aus dem dargebrachten Dank erkennen. Auf Antrag wurde auch dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Punkt „Neuwahl“ ging rasch vorüber, wurde doch der alte Vorstand, außer dem ersten Schriftführer, der sein Amt niederlegte, wiedergewählt. Beschlossen wurde noch, die Plaktumsperre aufzuheben und von jetzt ab wieder Plaktum an Mitgliedsberechtigten und Ausgewerteten sowie an Bezugsberechtigten im „Gewerkschaftsheim“, Zwingerstraße, zu zahlen. Nachdem noch in kurzen Worten auf das Zusammengehörigkeitsgefühl im Ortsverein und unter den Kollegen und auf die notwendige Mitarbeit aller Mitglieder vom Vorsitzenden hingewiesen worden war, schloß dieser mit Dankesworten an die Erschienenen die interessante verlaufene Versammlung.

Solingen. Zu unserer Generalversammlung am 30. Januar waren von 106 Kollegen 58 erschienen. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Kollege Schrick bekannt, daß die Firma Alstein (Solingen) wieder einmal Anlaß zur Beschwerde und Kritik gebe. Ein Bielefelder Kollege bewarb sich Mitte November um eine Druckerstelle bei dieser Firma und bekam Anfang Januar Nachricht, daß man gewillt sei, ihn einzustellen. Lohn 5 M. über Tarif bei einer 48stündigen Arbeitszeit. Jedoch wäre auch bei der Firma der Auftragseingang unregelmäßig und öfters schleppend, so daß mit Kurzarbeit gerechnet werden müsse. Der Bielefelder Kollege leitete dies unsichere Angebot der

Arbeitszeit ab. Die Firma melde den Kollegen beim Arbeitsamt, und er bekam die Unterstützung wegen Arbeitsverweigerung gesperrt. In den letzten Jahren hat diese Firma einen häufigen Personalwechsel, besonders der Drucker, zu verzeichnen. Der Kassiberbericht für November und Dezember und der Jahresbericht wurden genehmigt und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Ortsvereinsbeitrag wurde um 10 Pf. für Kurzarbeiter, die bis zu drei Tagen in der Woche arbeiten, um 50 Pf. gekürzt. Im Jahresbericht schilderte der Vorsitzende die trostlose Lage des vergangenen Jahres. Wirtschaftliche und politische Unruhen hatten auch in diesem Jahre herrschend. Die Reaktion sei gewachsen und drohe die letzten Erzeugnisse der Arbeiterschaft zu beseitigen. Zur Abwehr wäre es dringend notwendig, eine einige, geschlossene Arbeiterschaft zu bilden. Der alte Vorstand wurde wieder- und ein neuer Kassierer hinzugeführt. Zum Schluß wurden zwei Verbandsjubilare geehrt. Kollege Himelfoth ist 40 und Kollege Kz 25 Jahre Mitglied.

Stettin. (Sandseher.) Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Über das verflossene Jahr 1931 gab der Vorsitzende einen Rückblick. Durch Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse, Lohnabbau ist es immer weiter abwärts gegangen, so daß wir uns in diesem Jahr mit allen Maßnahmen anders einstellen müssen. Ein großer Teil unserer Mitglieder ist aus unserer Vereinigung ausgetreten, was in anderen Vereinen in unserem Gaubereich nicht der Fall ist. Dort ist der Mitgliederbestand stabil geblieben. Wir wollen jedoch die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Kollegen den Weg zur Sparte wieder zurückfinden. Der Mitgliederbestand beträgt 93, davon sind arbeitslos 43 Kollegen. Vom Kassierer wurde der Kassiberbericht erstattet, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Hierauf referierte Herr Scheumann über das Thema „Freiheitsbewegung und Feuerbehaftung“. In der sich anschließenden Aussprache wurde auf die an den Referenten gestellten Fragen in ausführlicher Weise genaue Auskunft erteilt. Der Vorsitzende sprach dem Referenten namens der Versammlung Dank aus. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Unter „Berscheidene“ erstuchte der Vorsitzende um fatträgige Unterstützung im neuen Jahr.

Waldenburg. (Schl.) In unser Jahres Hauptversammlung am 30. Januar nahmen 70 Kollegen teil. In seinem Jahresbericht gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des verstorbenen Hauptverwalters des Verbandes, Kollegen Glaser. Kurz freifte er die Tätigkeit des Ortsvereins im vergangenen Jahr und ging auf wichtige Einzelheiten besonders ein. Der Mitgliederbestand beträgt 112 und 2 Invaliden. Vier Kollegen konnten im Laufe des Jahres auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Die Kassiberberichte wurden entgegengenommen und den Kassierern für ihre gewissenhafte Tätigkeit Dank abgestattet. Die Lehrlingsabteilung hielt sich während des Jahres auf dem Stand von 23 Mitgliedern. Außer 17 lehrnischen Abendveranstaltungen der Lehrlingsabteilung wurde auch der Gefelligkeit Genüge geleistet. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Nach einer Verreglung des Bezirksvereins, der in Waldenburg, der Ortsvereinsbeiträge um 10 Pf. gekürzt. In Betracht der schlechten Kassiberverhältnisse, hervorgerufen durch die immer größer werdende Arbeitslosigkeit, lag sich der Vorstand veranlaßt, seine Entschädigungssätze zu ermäßigen. Die durch diese Maßnahme eingeparteten Gelder sollen in irgendeiner Form die arbeitslosen Kollegen am Ort erhalten. Von besonderen Veranstaltungen wird in diesem Jahr Abstand genommen, um den durch die vierte Notverordnung geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse möglichst gerecht zu werden. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde ein Bericht von der Kartellversammlung entgegengenommen, der sich ausschließlich mit der vierten Notverordnung befaßt. Besonders hervorgehoben wurde die Einstellung der Arbeiterschaft zu dieser. Nach Mitteilung verschiedener interner Angelegenheiten forderte der Vorsitzende die Kollegen ganz besonders auf, die Veranlassungen der Eisernen Front reiflich zu bejahren.

Allgemeine Rundschau

Nachahnenswertes Beispiel. Anlässlich seines 60. Geburtstages, verbunden mit dem Jubiläum des 60jährigen Bestehens des „Filder-Boten“, Laidingen a. Fildern-Stuttgart, bedachte Herr Buchdruckermeister und Zeitungsverleger Karl Schärz sein Personal trotz der wirtschaftlichen schweren Lage mit einem Geldgeschenk, und zwar erhielten die Ehefrauen je 20 M. und die ledigen je 10 M. Ein Zeichen guten Einzuzernens zwischen Belegstaffel und Prinzipal.

Kollektivangriff Berliner Großdruckereien auf die Über-tarifliche. Wie schon im Leitartikel der vorigen Nummer mitgeteilt worden ist, hatte sich nach der durch das Berliner Schiedsamt erfolgten Ablehnung der Feststellungsfragen mehrerer Großfirmen gegen die Gehilfen auf Tarifverle-gung durch Massenfindigung nunmehr das Reichsschiedsamt mit der Sache zu befassen. Es tagte am 26. Februar unter dem Vorsitz des Schlichters von Groß-Berlin, Gewerbetar Dr. Körner, und unterbreitete den Parteien von Otto Eisner und der Berliner Börsenzeitung folgenden Vergleichsvorschlag: „1. Die Parteien vereinbaren, daß die beiderseits ausgesprochenen Kündigungen erst mit Ablauf des Freitag, den 4. März 1932, wirksam werden. 2. Die Parteien werden bis Montag, den 29. Februar 1932, 15 Uhr, dem Schiedsamt gegenüber, zu Händen Herrn Dr. Stodt, zu folgendem Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden Stellung nehmen. Die beiderseits ausgesprochenen Kündigungen werden zurückgenommen. Im Betrieb wird über etwaige Neufestsetzung der Leistungsbedingungen verhandelt. Falls dabei eine Einigung bis Montag, den 7. März 1932, nicht zustande kommt, tritt die Entündigung Gewerbetar Dr. Körner verbindlich für beide Parteien nach Abwägung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen.“ Durch diesen Vergleichsvorschlag des Reichsschiedsamts ist eine Wendung in dem Berliner Konflikt eingetreten. Vorgenommene Abklärungen unter den Personal von Eisner und der „Börsezeitung“ führten zur Annahme des Vergleichsvorschlags. Verhandlungen schweben noch. Wie wir weiter erfahren, ist es auch bei den Firmen

Creve („Deutsche Allgemeine Zeitung“) und „Deutsche Tageszeitung“ zur Verständigung auf annehmbarer Grundlage gekommen. Die getroffenen Vereinbarungen bleiben hinter den ursprünglichen Lohnabbauforderungen der beiden Firmen sehr weit zurück. Bei den Firmen Hüggen & Mosse („Berliner Tageblatt“) und S. Herrmann bestehen Differenzen nicht, da in diesen Betrieben eine Herabsetzung der Leistungszulagen nicht vorgenommen wurde. Bei Sells & Gysler, wo noch keine Kündigungen infolge von Lohn Differenzen erfolgt sind, ist die Lage noch insofern unklar, als die Firma Entlassungen von Arbeitern zur Verringerung des Lohnkostenontos vornehmen will. Die Firma Scherl („Berliner Lokalanzeiger“) hat mit ihrer Belegstaffel vereinbart, daß sämtliche zum 28. Februar ausgeprochenen Kündigungen um eine Woche hinausgeschoben werden. Zum offenen Konflikt ist es bisher nur bei der Firma Langenscheidt gekommen. Mit Ausnahme der Betriebsräte wurde die gesamte Belegstaffel (53 Mann) entlassen.

Außerordentlicher Gewerkschaftstagesatz. Vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird ein außerordentlicher Kongress zum Mittwoch, dem 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats in Berlin, Bellevuestraße 15, einberufen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“. Nach dem Beschluß des Bundesaus-schusses findet eine Neuwahl der Delegierten statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundes-satzung ist den Verbandsvorständen überlassen.

Verschiebung des 12. Rheinisch-Westfälischen Buchdrucker-Sängertages. Die Zentrale der Rheinisch-Westfälischen Buchdrucker-Sängervereinigung (Sitz Köln) hatte unlängst auf einer Delegiertenkonferenz nach Köln eingeladen, um über den 12. Rheinisch-Westfälischen Buchdrucker-Sängertag, der in diesem Jahre in Dortmund stattfinden sollte, endgültig zu beschließen. Die Vereine des weiterwestlichen Gaues entsandten 17 Delegierte, auch waren Gau- und Bezirksvorstand vertreten. Aus den erstatteten Berichten über die Lage der einzelnen Vereine war zu entnehmen, daß alle Vereine unter der herrschenden Arbeitslosigkeit leiden. Erfreulicherweise ist man aber überall bemüht, wenn auch unter großen Opfern der Vereinstaffeln, die Kol-legengefangene Lebensfähig zu erhalten. In Anbetracht der unsicheren Verhältnisse beschloß die Konferenz, den Sängertag um ein Jahr aufzuschieben. Eine Ende dieses Jahres stattfindende weitere Konferenz wird über den Rheinisch-Westfälischen Buchdrucker-Sängertag 1933 erneut beschließen.

Von der Berliner „Waldenrunde.“ Den alten invaliden Kollegen Berlins ist neuerdings aus Amerika unverhofft eine kleine Dankschuldung für ihre Rasse zugegangen. Spender der Summe ist ein alter, ebenfalls invalider Kollege, der sich im Sommer vorigen Jahres während einer Geschäftsreise in Deutschland angelegen sein ließ, die „Runde“ aufzusuchen und als geborener Deutscher und ehemaliger Mitkämpfer für unsern Verband Kollegialität und Freundschaft zu erneuern. Daß diese Spende und die zugleich über-mittelten „Belegstaffel“ im Reichsverbande für arbeitslos in der dankbar dankbar fanden, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung. Die „Runde“ dankte dem „Kollegen“ sehr herzlich für die Unterstützung der „Runde“ und die überaus schlechte Wirtschaftslage nicht mehr von allen zugleich aufgeführt werden. Zur Zeit sind es über 100 Kollegen, die der „Runde“ angehört, von denen abwechselnd wöchentlich etwa die Hälfte erscheinen können, um im trauenden Kreise Gefelligkeit weiter zu pflegen. Herrsch dort oftmals auch eine gewisse Niedergeschlagenheit, so ist der gewerkschaftliche Geist doch immer der alte, kampfer-fische geblieben. Zu ihren Lieblingen, die gelegentlich ge-sungen werden, ist neuerdings auch ein „Walden-Teufel“ gekommen. Verfasser dieses Liedes ist der 78jährige Kollege Max Gölbert, dessen dichterische Erzeugnisse, Pro-loge und Satiren schon vor 50 Jahren in Berlin und auch auswärts Bestfall fanden.

Ein Kapitalkauf. In der „Nieder-schlesischen national-socialistischen Tageszeitung“ erschien vor kurzem ein In-terat folgenden Wortlaut: „W. will unbedingtarbeiten! 25 Jahre, gelernter Druckschmamm, angen. Auß. gute Umgangs-formen, sich. Austr. Scheue keine Arbeit, auch auswärts- und stundenweise, gew. im Koken und mit der Feder. Kleinig u. ehrs. Raße mich jeder Branche an. Suche Stellung als Verkäufer, Reisender, Buchhalter, Korrespond., Stenotypist, Reklamemanager, Chauffeur, Be-jahnder oder Haushalter usw. Führerschein 1 und 3b. Gef. Off. u. T. B. 402 St. d. 3a.“ Wer sich ja viel utraut wie dieser Nazijüngling, der leistet erfahrungsgemäß in seinem Fack etwas Nichtiges.

Presseschikanen vor dem polnischen Sejm. Im polnischen Parlament wurde von der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag eingebracht, in dem die Drangsalierungen der Oppositionspresse durch die Machthaber des gegenwärtigen Regierungssystems geschildert werden und die Befreiung der betreffenden Zensuren gefordert wird. In der Begründung des Antrags führte der sozialdemokratische Redner aus, daß das gegenwärtig herrschende Regime durch eine Sündflut von Pressebeschlagnahmen gekennzeichnet werde. Die Oppositionspresse würde wegen der teilweisen Kritik der Regierung beschlagnahmt. Es sei allgemein bekannt, daß die an den Beschlagnahmungen schuldigen Personen nicht nur nicht bestraft würden, sondern eher noch eine Beförderung erhielten. Der Höhepunkt der Beschlagnahmungen sei während der Zeit des Brester Prozeßes erreicht worden. Was in Warschau noch gebauet werden durfte, sei in anderen Städten des Landes beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahmungen seien entgegen den Gesetzesvorschriften, entgegen den Bestimmungen der Verfassung und entgegen den Entscheidungen des Obersten Gerichtes erfolgt. Man wäre dabei mit größter Willkür verfahren und hätte sich an keinerlei Rechtsnormen gehalten. Auch der frühere deutsche Reichstags- und preussische Landtagsabgeordnete Trompczynski geißelte in scharfen Worten das Vorgehen der Behörden gegenüber der Presse. Die Abgeordneten der Regierungspartei reagierten auf diese Anklagen in der Weise, daß sie einen ungeheuren Lärm vollführten, durch den der Redner ge-zwungen wurde, seine Rede abzubrechen. Die Oppositions-parteien verließen darauf geschlossen den Saal. — Der

deutsche Sejmklub hat eine Interpellation an den Innen-minister und den Postminister eingebracht wegen Miß-brauchs des Poststempels und der Postfreiheit sowie wegen der Korperschaft des in Königs erschienenen „deut-schen“ Reptilienblattes „Bommereller Reuße Nachrichten“ durch den Jempeburger Starosten Driah. Die Inter-pellanten fragen, ob der verantwortlichen Vertreter dieser Amtsstellen zur Rechenschaft gezogen werden.

Vorfall bei Stellenannahme in Rußland. Zimmer wieder laufen Anfragen von Kollegen bei uns ein nach dem Stand der Löhne und der Lebenshaltung in der Sowjetrepublik. Aus diesem Grund sei hier Notiz genommen von der Zu-schrift eines deutschen Technikers an die „Deutsche Tech-nikerzeitung“, in der mitgeteilt wird, daß in Rußland seit dem 1. Februar eine ungeheure Preiserhöhung im Aus-maß von 60 bis 100 Proz. amtlich durchgeführt worden ist, ohne irgendeinen Ausgleich durch entsprechende Gehalts-erhöhung. Der Techniker schreibt: „Wenn früher das Existenzminimum mit 500 Rubel angesetzt wurde, reichen jetzt vielleicht pro Monat 1000 Rubel eben aus, es sei denn, der betreffende Kollege verachtet darauf, in einem an-ständigen Europäerrestaurant wenigstens einmal im Mo-nat richtig zu essen. Unbei ein Beispiel, was dort das Essen für eine Person kostet: Suppe 4,80 Rubel, Fleischgang (billigster) 6,40 Rubel, Nachtisch (Suppenfleisch) 4,80 Rubel, dazu eine Flasche Mineralwasser 3 Rubel, plus 10 Proz. Zuschlag (in anderen Orten mehr, da dort die Zuschläge nach der Rechnungshöhe gestaffelt werden), so ergibt sich die nette Summe von 20,80 Rubel für eine Mahlzeit. Wo bleibt Frischfleisch, Abendbrot, Wäsche usw.“ Diese Mit-teilungen eines Enttäuschten mahnen ebenso zur Vorsicht wie die Erfahrungen einiger anderer Techniker, die neuer-dings in der „Deutschen Technikerzeitung“ wiedergegeben wurden.

Wahlkampf zur Eroberung der Betriebe. Mit gesteigerter Anstrengung versuchen die Nationalsozialisten neuerdings Jellenbau in den Betrieben zu betreiben nach dem Vorbild der Kommunisten. Ein geheimes Rundschreiben der Wüh-lerer Reichsleitung der NSDAP, das uns im Wortlaut vorliegt, fordert, daß jedes wertfähige Parteimitglied gleichzeitig der Nationalsozialistischen Betriebsorgani-sation beizutreten hat. Jeder Ortsgruppenbetriebswart ist gehalten, sofort die Karte nachmalen durchzuführen und sämtliche Parteimitglieder zum Eintritt in die Betriebs-zellenorganisation aufzufordern. In dem Geheimlaß der Reichsleitung heißt es wörtlich weiter: „Der Schulung von Mitgliedern und der Amtswalter ist in nächster Zeit erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Übernahme der Macht im Staat wird uns vor schwerste Aufgaben stellen, denen wir unbedingt gewachsen sein müssen. Unser Augen-merk hat sich auf Gewerkschaften und Betriebe zu richten. Die Propaganda in den Gewerkschaften muß mit verstärkter Aktivität vorwärts getrieben werden. In jeder Gewerkschaft müssen starke nationalsozialistische Gruppen geschaffen werden, die auf Anforderung sofort einschaufelbar sind. Unsere Jellen müssen so stark sein, um alle lebenswichtigen Arbeiten bei kommender Gelegenheit selbst auszuführen. Rapp-Buch-Gesellschaften dürfen sich nicht wiederholen.“ Derartige „Großstrukturen“ brauchen gewiss nicht „über-schätzt“ zu werden, aber man soll sie auch nicht unterschätzen. Es leuchtet ein, daß die NSDAP für alle Fälle gerüstet sei. Das Geheimlaßesche, welches, d. h. d. Nazis mit dem Druck zur Funktionierung in sozialpoli-tischen Dingen schreiten wollen. Ohne Zweifel herrscht in der Hitlerpartei stärkster Mangel an sozialpolitisch gesul-teten Fachleuten. Deshalb sucht man sich solche, wo man sie nur findet. Das ganze Manöver beweist jedoch, mit welcher strupellosen Hartnäckigkeit die Nazis gegen die Arbeiter-bewegung anzurennen versuchen und welcher Mittel sie sich dabei bedienen. Schließlich wollen ja auch die groß-industriellen Unternehmen ihre Millionen für die Nazis nicht umsonst geopfert haben. Sie wollen für ihr Geld endlich etwas sehen. Glücklicherweise wird den Nationalsozialisten die Verwirklichung ihrer Pläne in der Arbeiterschaft nicht so leicht gemacht werden, wie bei dem politisch urteilslosen, hin- und her schwankenden Bürgertum.

Maßnahmen gegen Kapitalkauf durch Warenkäufe. Es hat sich herausgestellt, daß in einzelnen Fällen Warenkäufe im Ausland zum Zweck der Kapitalkauf vorgenommen werden, und zwar in der Weise, daß Einzel- oder all-gemeine Genehmigungen zur Bezahlung der Wareneinfuhr erwirkt wurden, die gekaufte Ware aber im Ausland be-fassen und dort unter Verletzung der Devisenbestimmungen später wieder verkauft wurde, wobei der Erlös im Aus-land stehen blieb. Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden daher künftig bei der Erteilung von Genehmigungen zur Bezahlung von Wareneinfuhren die Verpflichtungs-erklärung verlangen, daß der Bezahler die Ware spätestens innerhalb eines Monats nach Leistung der Zahlung tat-sächlich ins Inland verbringt. Auch die Inhaber von allgemeinen Genehmigungen werden zu einer entsprechen-deren Erklärung gegenüber den Devisenbewirtschaftungsstellen veranlaßt werden.

Forderung nach gefeßlicher Beilegung der Werkpar-tassen. Wie schon mitgeteilt, sind die Werkpartassen ver-schiedener großer Unternehmungen, wie Nordwolle, Borish und andre mehr durch den Zusammenbruch in die größten Schwierigkeiten geraten. Spargelder, die in die Millionen gehen, können als verloren angesehen werden. Angesichts dessen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Reichregierung einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der die Errichtung neuer Werkpartassen verbietet und sämtlichen bestehenden Werkpartassen und Unternehmungen die Annahme neuer Einlagen seitens der Arbeiter und Angestellten unterlagt. Ausgenommen sollen lediglich die Einlagen leitender Angestellten sein. Um die Liquidierung der bestehenden Werkpartassen zu beschleunigen, ohne daß die Finanzlage der Unternehmungen selbst erschwert oder gar erschüttert würde, sieht der Entwurf weiter vor, daß der Bankentommißar jeder Werkpartasse Fristen zu stellen hat, innerhalb derer sie ihre Einlagen zu liquidieren und an die Eingager auszahlun haben. Jedoch soll die Aus-zahlung im Interesse der Kapitalbildung und um Er-schütterung zu vermeiden in der Form der Ueberweisung des Guthabens an Sparanstaltungen erfolgen, von den einzelnen Eingägern selbst zu benennen sind. Daneben soll der Bankentommißar das Recht der Entnahme in die Bücher der Unternehmungen erhalten, die Werkpartassen besitzen. Für die Übergangszeit bis zur Abwicklung sollen

die Wertparlassen in Einrichtungen mit selbständiger Rechtsprechung...

Kurze politische Zeitnotizen. Der Vorstand der Deutschen Sozialpartei ruft die bürgerlichen Mittelparteien an...

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hattm. Burg, Postenplatz 8...

Einreichungsfristablauf für die Patentanmeldungen 11. April 1932.

Patentanmeldungen

- Patentamt im 'Patentblatt' vom 11. Februar 1932. Nr. 15a Z. 29 293...

Verschiedene Eingänge

Der graphische Betrieb. Monatschrift für Maschinenbau, Betriebswirtschaft und Vertriebswesen...

geben, das Verfahren, die Farbe usw. kennenzulernen. Die Ausstrahlung über die Jurisdiction von Antiquitäten...

Arbeits- und Berufsberatung. Verlag des Deutschen Buchgewerkschaftsvereins...

Sozialistische Bildung. Mit den Beilagen 'Mittlerweile' und 'Sozialistische Erziehung'...

Gestorben

- In Bremen am 8. Februar der Sebrivalide Richard Wilhelms...

Briefkasten

G. N. in P. und W. N. in S. Da man auch ohne parteipolitische Scheitlungen in dieser Frage...

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt 2222...

Statistiker zu einfinden!

Zusteller: Einkommenssteuer für Februar 8. März. Stichtag für die Fälligkeit der Arbeitslosen 27. Februar...

Adressänderungen

Kottbus, (Ost.) Verleger: Felix Grimm, Fortier Straße 2...

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse): In Basel (Schweiz) der Drucker Johann...

Heise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Die Bezirksämter erhalten in den nächsten Tagen eine Sendung von Heiselegitimationen...

Veranstaltungskalender

- Kuerbuden-Jahrestag. Versammlung Sonntag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr...

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 18

(2. März 1932) Artikel: Wirtschaftspolitische Stimmung. Unfähigkeit...

Anzeigenpreis: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellengesuche...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer...

SPART BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN. Zentrale: Berlin S 14, Wallstr. 65.

Grid of small advertisements for various services like 'Maschinenbänder', 'Kästen und Regale', 'Schließplatten', 'Gewerkschaftsmitglied'.